

Von den Mühen der Ebene...

Solidarische Ökonomie, kollektive Eigentumsformen, Enteignungen und Arbeitermit- und Arbeiterselbstverwaltung in Venezuela

Von Dario Azzellini

Die Bolivarianische Regierung hat sich, gemäß des Mandats einer breiten Mehrheit der Bevölkerung, den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft des Landes vorgenommen. Dabei wird versucht, die Produktion der weitgehend vom Erdöl abhängigen Wirtschaft zu diversifizieren, die Weiterverarbeitung von Ressourcen selbst zu übernehmen, den Besitz an Produktionsmitteln zu demokratisieren und möglichst viel Eigentum in kollektive Eigentums- bzw. Verwaltungsformen umzuwandeln. Als Orientierung dienen dabei Vorstellungen einer nachhaltigen Entwicklung.

Als Gesamtziel wurde zunächst eine „solidarische und humanistische Ökonomie“ definiert, mittlerweile ist vom Weg zu einem *Sozialismus des XXI. Jahrhunderts* die Rede. Dabei handelt es sich nicht um ein definiertes Konzept, sondern um eine Diskussion über ein Projekt in Entwicklung. Als zentral für den neuen Sozialismus werden – im Gegensatz zum gescheiterten Staatssozialismus und zur ebenso als gescheitert betrachteten repräsentativen Demokratie – Werte wie Demokratie, Partizipation und Freiheit definiert. Eine zentrale Bedeutung hat daher auch die Demokratisierung der Wirtschaft wie auch die Übertragung der Macht an die Basis mittels der *Consejos Comunales*, der lokalen Räte. In Januar 2007 kündigte Präsident Chávez an, die im Aufbau befindlichen lokalen Räte und der Aufbau von Räten der Beschäftigten in Unternehmen, sowie die Integration der beiden sollten die Ablösung des bürgerlichen Staates durch einen „kommunalen Staat“ in die Wege leiten.

Die Ausgangsbedingungen Venezuelas für den Umbau der Wirtschaft waren – jenseits des Erdölreichtums – denkbar schlecht. Als Chávez im Februar 1999 die Präsidentschaft antrat, befand sich das Land in einer schweren und langanhaltenden Krise. Kapitalflucht und Deindustrialisierung, seit 1999 auch politisch motiviert seitens oppositioneller Unternehmer (v.a. in Folge des Unternehmerstreiks 2002/2003) hatten seit Anfang der 1980er Jahre zur Schließung von Tausenden von Betrieben geführt. So sank der Anteil der Beschäftigten in formalisierten Arbeitsverhältnissen rapide, während die Beschäftigung im informellen Sektor, also unregulierten Arbeitsverhältnissen (v.a. Straßenhandel, Gelegenheitsjobs und Dienstleistungen) von 34,5 Prozent 1980 auf 56 Prozent 1998 stieg (Márquez 2003: 264).

In dem vorliegenden Text geht es um verschiedene Maßnahmen und Modelle mit denen der strukturelle Umbau der Besitz- und Produktionsverhältnisse und die Demokratisierung der

Wirtschaft vorangetrieben werden sollen. Neben verschiedenen Unternehmensformen und Initiativen zur Wiederinbetriebnahme geschlossener Produktionsstätten wird auf das zugrundeliegende Konzept der endogenen Entwicklung und das an ihr orientierte Berufsbildungsprogramm *Misión Vuelvan Caras* eingegangen.

Kooperativen

Entsprechend der Absicht einen bedeutenden Sektor sozialer und solidarischer Ökonomie aufzubauen, liegt ein Schwerpunkt der Regierung in der Förderung der Kooperativen. Venezuela gehörte zuvor zu den Ländern Lateinamerikas mit den wenigsten Kooperativen. Zu Beginn der Regierung Chávez waren es nur 722.

Mit dem Sondergesetz für genossenschaftliche Vereinigungen von 2001 wurde die Gründung von Kooperativen stark vereinfacht. Sie sind auch von den institutionellen Gebühren für die offizielle Registrierung und andere institutionelle Schritte befreit. Zudem sind Kooperativen, welche die gesetzlichen Rahmenbedingungen erfüllen, von der Einkommenssteuer befreit. Gefördert werden sie über Mikrokreditprogramme in Folge des „Mikrofinanzierungsgesetz“. Der Zugang zu Krediten zu vorteilhaften Konditionen erfolgt über eigens gegründete staatliche Banken (*Banco de la Mujer, Banco de Desarrollo Económico y Social, Banco del Pueblo Soberano*) und Förderinstitutionen. Kleinkooperativen können sogar zinslose Darlehen erhalten. Die Zahl der über die Programme (nicht nur an Kooperativen) vergebenen Kredite übersteigt 150.000.

Diese vorteilhaften Konditionen führten zu einem wahren Boom an Kooperativengründungen. Ende Oktober 2006 waren nach Angaben der Nationalen Kooperativenaufsicht Sunacoop¹ 172.899 Kooperativen offiziell registriert. Ein Zensus von Sunacoop im November 2006 ergab allerdings nur 37.552 operative Kooperativen (Últimas Noticias 14.12.2006). Die Ursache für diese Differenz liegt darin, dass zahlreiche Kooperativen nie die Arbeit aufgenommen haben, sondern – da die Registrierung kostenlos erfolgt – sozusagen präventiv gegründet wurden. Andere sind Privatunternehmen, die nur pro Forma als Kooperativen gegründet wurden, um günstigere Finanzierungen und Bedingungen zu erhalten. Wiederum andere wurden ausschließlich auf dem Papier gegründet, während die erhaltenen Gelder veruntreut wurden.

Im August 2005 begann seitens der Sunacoop die steuerrechtliche Eintragung der Kooperativen, die nicht innerhalb der *Misión Vuelvan Caras* entstanden. Von 1.500 überprüften Kooperativen wiesen 628 formale Fehler auf, Gegen 100 Verstöße waren so schwer wiegend,

¹ Die *Superintendencia Nacional de Cooperativas* ist dem Ministerium für Gemeinschaftsökonomie (*Ministerio del Poder Popular para la Economía Comunal*) Minec unterstellt.

dass Sanktionen erlassen wurden. 20 Kooperativen wurde der Zugang zu ihren Konten gesperrt und 30 weiteren wurde die Genehmigung entzogen steuerfreie Verträge mit dem Staat abschließen zu können. Drei große Kooperativen im Kohlesektor im Zulia dienten ausschließlich der persönlichen Bereicherung und Ausbeutung Dritter. Diesen wurde die Zertifizierung entzogen und sie mussten Nachzahlungen an 600 Beschäftigte leisten.

Die häufigsten Verstöße betrafen fehlende Information über die Bilanzen, willkürliche Entscheidungen, die Verhängung von Disziplinarmaßnahmen ohne gesetzliche Grundlage, keine Abhaltung von Mitgliederversammlungen, die Beschäftigung von Arbeitskräften länger als sechs Monate ohne sie wie gesetzlich vorgesehen als Kooperativenmitglieder zu integrieren, sowie fehlende Schulungs- und Bildungspolitiken für Mitglieder (Últimas Noticias 20.12.2005).

Die Erfolgsquote der Kooperativen mag gering erscheinen, doch stellt die Anzahl der operativen Kooperativen eine enorme Steigerung im Vergleich zu 1998 dar. Zudem unterstreicht die Regierung den hohen Wert der Erfahrung und betrachtet die Bemühungen daher nicht als Fehlinvestition.

Im Hinblick auf die Steigerung der nationalen Produktion, vor allem bezüglich Importsubstitution, erhalten Kooperativen auch Kredite zu Sonderkonditionen, um stillgelegte Unternehmen zu kaufen. So kauften z.B. im September 2005 ehemalige Beschäftigte mit einem staatlichen Sonderkredit eine Kakaoverarbeitungsanlage in Sucre, die neun Jahren zuvor in Konkurs angemeldet und in den Besitz einer Privatbank übergegangen war. Die Ex-Beschäftigten bildeten eine Kooperative (*Unión Cooperativa Agroindustrial del Cacao*), die mit einem staatlichen Kredit von 4,8 Milliarden Bolivar (umgerechnet 2,3 Mio. US-Dollar) mit nur vier Prozent Jahreszins (der Zinssatz der Privatbanken liegt bei 26 Prozent) das geschlossene Unternehmen kaufte, um es als Kooperative und *Empresa de Producción Social* (Unternehmen gesellschaftlicher Produktion, EPS) wieder in Gang zu setzen.

Ganz ohne Widersprüche sind aber auch die Strategie zur Kooperativengründung nicht. Einerseits besteht in einigen Bereichen die Gefahr, dass Arbeitsverhältnisse mittels Kooperativen dereguliert werden. Anfang 2006 beispielsweise wandte sich das Schulungspersonal der *Misión Vuelvan Caras* im Bundesstaat Merida gegen das Vorhaben sie zur Gründung von Kooperativen zu zwingen, die dann als solche für die Schulung eingestellt werden (Aguirre 2006). Außerdem ändert die Tatsache viele statt einen Eigentümer zu haben, ganz grundsätzlich nichts an der kapitalistischen Funktionsweise. Es kann auch dazu führen, dass die Genossenschaftsteilhaber und -teilhaberinnen in eine Unternehmerlogik gedrängt werden. Dies hat vor allem in Unternehmen, die gemischte Eigentumsformen vorweisen (Staat/Beschäftigtenkooperative) zu Kritiken am Besitz an Produktionsmitteln von Seiten der Beschäftigten geführt (siehe Abschnitt zu *cogestión*).

Unternehmen gesellschaftlicher Produktion

Mit den Unternehmen gesellschaftlicher Produktion (EPS) wurde 2005 in Venezuela eine neue Unternehmensform geschaffen, die den Übergang zu einer sozialistischen Produktionsweise begleiten soll. Zentral ist dabei nicht die Eigentumsform, sondern das Agieren der Unternehmen: Kooperativen, Staatsbetriebe, gemischte Unternehmen oder sogar Privatunternehmen können zur EPS werden. Dabei sollen auch die staatlichen Betriebe explizit nicht in einer staatskapitalistischen Logik handeln. Die EPS sollen den gesellschaftlichen Gewinn über den Privatgewinn stellen und ihre Produktion auf die gesellschaftliche Bedürfnisbefriedigung ausrichten anstatt primär auf Vermarktung und Kapitalakkumulation. Zusätzlich wurde im Oktober 2005 ein Dekret erlassen, nach dem alle Rohstoff produzierenden Staatsbetriebe zuerst den Inlandsbedarf abdecken müssen, bevor sie exportieren.

In den EPS sollen für die Beschäftigten aus der Stellung im Unternehmen keine Privilegien resultieren und die interne Arbeitsorganisation soll einem demokratischen Modell folgen. Die Tätigkeiten sollen rotieren und die Entfremdung im Produktionsprozess schrittweise aufgehoben werden. Die EPS sollen einen Teil ihrer Gewinne (mindestens zehn bis 15 Prozent) in lokale Infra- und Sozialstruktur investieren und sich zudem über die *Consejos Comunes* in die umliegenden Gemeinden integrieren. Konkret heißt das u.a., dass die als EPS definierten Unternehmen ihr Wissen an Kooperativen in Gründung weitergeben und diese unterstützen. Vor allem sollen sie sich dafür einsetzen Zulieferer und Abnehmer der weiterverarbeiteten Produkte in Kooperativen zu organisieren, bzw. Kooperativen als Zulieferer und Abnehmer einzusetzen. Zudem müssen EPS eine transparente und öffentliche Buchführung haben (El Troudi 2006: 91-128). Laut Präsident Chávez stellen die EPS den Mittelpunkt einer „wirtschaftlichen Wende in Richtung des Sozialismus des 21. Jahrhunderts dar“ (Rebelión 20.7.2005). In diesem Kontext sollen die Staatsbetriebe als Speerspitze der Förderung der EPS dienen. Für die Unternehmen resultieren aus dem EPS-Status Vorteile wie etwa bevorzugte Auftragserteilung von Seiten des Staates.

Allerdings gibt es keine offiziell festgelegte und allgemein gültige Definition der EPS, so haben unterschiedliche staatliche Stellen auch unterschiedliche Definitionen dessen, was ein EPS ist. Das führt dazu, dass z.B. die vom staatlichen Erdölbetrieb PDVSA aufgebauten EPS einen Teil ihres Gewinns an einen von PDVSA geführten Topf überweisen. Aus diesem Fond finanziert PDVSA anschließend Projekte in den Gemeinden. Dieses Modell ähnelt eher einer Art zusätzlichen Steuer, als einer Integration mit den Gemeinden.

Rückeroberte Unternehmen

Der spanische Begriff *Empresas Recuperadas* (rückeroberte Unternehmen) bezieht sich auf Betriebe, die dem privatkapitalistischen Sektor auf verschiedene Weise entzogen und unter die Kontrolle der Beschäftigten, des Staates oder kollektiver bzw. kombinierter Verwaltungsformen gestellt wurden. Dies betrifft in Venezuela einerseits geschlossene Unternehmen, die der Staat von den Ex-Besitzern oder als Konkursmasse erworben hat, Betriebe die aufgrund des nationalen Interesses enteignet wurden (siehe Kasten: Artikel 117) – und in eingeschränktem Maße seit 2007 auch die Nationalisierung des Elektrizitätssektors und die ehemals privatisierten Nationalen Telefongesellschaft CANTV.

Obwohl die Verfassung, die Enteignungen möglich macht, bereits seit dem Jahr 2000 in Kraft ist, gab es bis Ende 2006 nur wenige Fälle erfolgreich abgeschlossener Enteignungen. Im Januar 2005 wurde die Papierfabrik *Venepal* (jetzt *Invepal*) enteignet und Ende April die *Constructora Nacional de Válvulas* (CNV, jetzt *Inveval*), eine Fabrik, die Ventile für die Erdölindustrie herstellt. Doch ab Juli 2005 begann die Regierung, ein besonderes Augenmerk auf die Situation geschlossener Betriebe zu richten. Ende September erklärte die Nationalversammlung die Zuckerrohrverarbeitungszentrale von Cumanacoa und den Rohrhersteller für die Erdölindustrie Sidororca zu Betrieben „von gesellschaftlichem Interesse“ und leitete damit die Enteignung der Unternehmen ein. Cumanacoa war zu dem Zeitpunkt seit bereits mehr als zwei Monaten von den Beschäftigten besetzt. Das Unternehmen reduzierte in den vergangenen Jahren die Kapazitäten graduell um insgesamt 80 Prozent. Zugleich zahlte es einem Teil der Beschäftigten weniger als den offiziellen Mindestlohn. Teilweise wurden die Löhne wie in Kolonialzeiten mit Zuckersäcken ausgezahlt. So beschlossen die Beschäftigten schließlich, die Anlage zu besetzen. Sidororca hingegen stand seit mehreren Jahren still.

In den nächsten Monaten folgten der industrielle Schlachthof *Fribasa*, eine Tomatenverarbeitungsanlage des US-Konzerns *Heinz*, die im Besitz der venezolanischen Unternehmensgruppe *Polar* befindliche Maismehlverarbeitungsanlage *Promabasa* und einige andere Anlagen, die zuvor von Beschäftigten und Ex-Beschäftigten besetzt worden waren.

So war *Promabasa* im September 2005 von der Belegschaft besetzt worden, nachdem der größte venezolanische Lebensmittel- und Bierhersteller *Alimentos Polar* die Produktion im Betrieb eingestellt und seit sechs Monaten keine Löhne mehr bezahlt hatte (Venezuelanalysis 9.9.2005). Kurz danach bekräftigte auch der Staat durch die Entsendung der Armee zur Unterstützung der Besetzung die Bereitschaft entschiedene Schritte zu unternehmen. Der damalige Landwirtschaftsminister Antonio Albarrán forderte von *Polar*, einerseits den Produzenten faire Preise zu zahlen und andererseits die Mehlpreise für Arme zu senken.

Gemäß einer parlamentarischen Untersuchungskommission kaufte *Polar* das Unternehmen vor Jahren auf, um so die Konkurrenz im Sektor auszuschalten und sich eine Monopolstellung auf dem venezolanischen Markt zu verschaffen. Polar schloss den Betrieb und verlegte einen Teil der Maschinen nach Kolumbien. Von dort aus werden die weiter verarbeiteten Maisprodukte wieder nach Venezuela exportiert und über das Vertriebsnetz von *Polar* verkauft (ABN 13.9.2005). Die stillgelegte Anlage wurde enteignet und der aus Ex-Beschäftigten bestehenden Kooperative *Maiceros de la Revolución* im Rahmen eines Modells von *cogestión* (Arbeitermitverwaltung) zur Verwaltung übergeben (aporrea 29.9.2005). Die Besitzer wurden entsprechend des Marktwertes entschädigt.

Einige der Besetzungen gingen auf die Aufforderungen durch den Staatspräsidenten bzw. die Regierung zurück. Ende Juli 2005 hatte Chávez in seiner TV-Sendung *Aló Presidente* erklärt, 136 geschlossene Unternehmen würden bezüglich der Möglichkeiten einer Enteignung überprüft (aporrea 22.7.2005). Er verlas mehrere Listen, eine mit Unternehmen, die sich bereits im Prozess der Enteignung befänden, eine mit Unternehmen, deren Enteignung geprüft werde und je eine weitere mit Betrieben, die teilweise oder ganz ihre Arbeit eingestellt hätten. Insgesamt betraf dies 1.149 Betriebe im Land. Chávez forderte die Bevölkerung dazu, auf weitere geschlossenen Unternehmen zu melden: „Wenn die Unternehmer sie nicht öffnen wollen, wird man sie wohl enteignen müssen, und wir öffnen sie“ (aporrea 22.7.2005). Die damalige Arbeitsministerin (heute Ministerin für Handel und Leichtindustrie) María Cristina Iglesias, rief Gewerkschaften, Arbeiterinnen und Arbeiter sowie ehemalige Beschäftigte der aufgelisteten Unternehmen dazu auf, diese „zurückzuerobern“, denn nur so könne die Abhängigkeit Venezuelas überwunden werden. Der prozessnahe Gewerkschaftsdachverband UNT erklärte, er unterstütze das Vorgehen der Regierung und kündigte Mitte September 2005 an, 800 geschlossene Unternehmen zu besetzen (Resumen Latinoamericano 15.9.2005).

Dennoch wurde in der Folgezeit nur ein geringer Teil der aufgezählten Betriebe tatsächlich besetzt. Und die Anzahl der Betriebsbesetzungen, Enteignungen und Aufkäufe durch den Staat blieb weit unter den angekündigten 800. Dies verweist auch auf einen Widerspruch zwischen dem Anspruch Prozesse von unten zu priorisieren und dem realen Organisationsgrad und der vorhandenen Eigeninitiative. Offensichtlich verfügen weder die Arbeiterinnen und Arbeiter über die Stärke, die Organisation und das politische Bewusstsein, um die Besetzungen durchzuführen, noch die staatlichen Institutionen über ausreichend Engagement, um die angekündigten Vorgehensweisen zu fördern und begleiten.

Und auch die UNT folgte ihrer selbst angekündigt Politik der Unternehmensbesetzungen nicht. Nicht einmal linke UNT-Strömung CCURA, die eine zentrale Rolle bei zahlreichen Besetzungen und Arbeitskämpfen innehat, setzte die angekündigten – und von Regierungsseite (oder

zumindest von Chávez) erwünschten Betriebsbesetzungen in die Praxis um. Ohne den entsprechenden Druck von unten versandete die Initiative des Präsidenten im bürokratischen Apparat. Jenseits der bereits enteigneten oder aufgekauften Unternehmen liegt die Anzahl der besetzten Unternehmen in Venezuela Mitte 2007 bei etwa 40. Eine breite und systematische Politik für Enteignungen im produktiven Sektor gibt es nicht. Die meisten Enteignungen sind Folge des durch Besetzungen und Mobilisierungen ausgeübten Drucks auf staatliche Institutionen.

So auch im aktuellen Fall von *Sanitarios Maracay*, eine Fabrik für Sanitäreinrichtung in Maracay. Der Betrieb im Besitz des aktiv oppositionellen Unternehmers Álvaro Pocaterra wurde am 14. November 2006 von seinem Besitzer geschlossen und am gleichen Tag von 550 Beschäftigten besetzt (aporrea 19.11.2006). Seitdem produziert der Betrieb in Eigenregie weiter Sanitäreinrichtungen und die Beschäftigten fordern die Enteignung und Nationalisierung unter Kontrolle der Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Produkte, die seit der Besetzung vor allem im Umfeld der Fabrik zu solidarischen Preisen vermarktet werden, sollen dann für die Ausstattung der Bäder und Toiletten in staatlichen und kommunalen Wohnungsbauprogrammen dienen. Trotz der organisatorischen Fähigkeit der Arbeiterinnen und Arbeiter das Unternehmen selbst zu führen und der breiten Mobilisierung rund um den Fall, der in der *Frente Revolucionario de Trabajadores de Empresas en Cogestión y Ocupadas* (Freteco, Revolutionären Front der Arbeiter von mitverwalteten und besetzten Unternehmen) viel Unterstützung fand, erklärte Arbeitsminister Ramón Rivero – selbst Trotzlist und Gewerkschafter der Fuerza Bolivariana de Trabajadores (FBT, eine sehr gemäßigte Strömung innerhalb der UNT), öffentlich das Unternehmen sei nicht von „nationalem Interesse“ und solle daher auch nicht nationalisiert werden (Freteco 1.6.2007). Nachdem die UNT-CCURA am 22.5.2007 in Maracay einen eintägigen Streik- und Aktionstag organisierte, an dem etwa 3000 Beschäftigte aus 120 Betrieben die Hauptverkehrsadern der Stadt von fünf bis elf Uhr morgens blockierten und sich mit dem Kampf in *Sanitarios Maracay* solidarisierten, beschloss die Sozialkommission der venezolanischen Nationalversammlung eine Aufforderung an Präsident Chávez und das Ministeriums für Leichtindustrie und Handel (Milco) zu richten Sanitarios Maracay per Dekret zu enteignen und der Arbeiterinnen und Arbeitern in Selbstverwaltung zu übergeben, was der ersten Schritt für eine Enteignung darstellt (aporrea 26.5.2007).

Cogestión, Selbstverwaltung und Arbeiterkontrolle

Die *cogestión* beruht auf den sozialen Bürgerrechten (*social citizenship*) und der sozialen Gleichheit als Ziel der Gesellschaftsordnung (mit dem Staat als Garant), wie sie in der neuen

Verfassung festgelegt wurden. Das heißt, der Staat wird als partizipativer Raum verstanden, in dem die Bevölkerung durch verschiedene Instrumente das öffentliche Leben mitgestaltet und die Institutionen kontrolliert. Im Rahmen der partizipativen und protagonistischen Demokratie werden für Unternehmen unterschiedliche Modelle der *cogestión* diskutiert, da bisher keine gesetzliche Grundlagen dafür existieren. Die *cogestión* wird seit Anfang 2005 vor allem in Staatsbetrieben und Unternehmen mit gemischten Eigentumsformen (Staat/Kooperativen) umgesetzt und hat unterschiedliche Reichweite und Formen.

Aus den Reihen der Gewerkschaft UNT wurde im Mai 2005 zwar ein Gesetzesentwurf zur *cogestión* in der Nationalversammlung eingereicht, jedoch nach Kritiken wieder zurück gezogen. SintrAlcasa, die Gewerkschaft in Alcasa, kritisierte das Gesetz als hinter den Errungenschaften in Alcasa zurück bleibend. Der Entwurf sah vor, dass die Arbeiter „Zugang haben zu den operativen, juristischen und finanziellen Unterlagen“ des Unternehmens, mit dem Ziel eine „korrekte und effiziente Arbeitsweise“ zu garantieren. Als kollektive Entscheidungsorgane sollten die Arbeiterversammlung, die Teilhaberversammlung, die Verwaltungskomitees und das Direktorium funktionieren, von dem die Arbeiter mindestens 50% besetzen sollten. Die Betriebe mit *cogestión* sollten leichter Zugang zu Krediten und Devisen erhalten sowie staatlichen Dienstleistungen günstiger nutzen können. Der Staat soll die Unternehmen auch unterstützen, damit die Bilanz nach der Phase der Einführung der Mitverwaltung nicht defizitär wird (ABN 4.5.2005; El Universal 3.5.2005).

Die Ausarbeitung und Verabschiedung eines weiter gehenden Gesetzes ist in Planung. Es würde alle öffentlichen Unternehmen und Betriebe bzw. Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung, betreffen, aber auch eine Anwendung in Unternehmen aus 100% Privatkapital vorsehen, wenn diese zu „Betrieben öffentlichen Nutzens“ oder „gesellschaftlichen Interesses“ erklärt werden. Es kann auch angewandt werden, wenn die Eigentümerversammlung eines Privatunternehmens es beschließt oder ein Unternehmen Konkurs anmeldet, bzw. die Arbeit grundlos oder auf illegale Weise einstellt. In diesen Fällen hängt die Einführung der Mitverwaltung von einer entsprechenden Abstimmung unter den Beschäftigten ab. Zur Begleitung und Überprüfung der Mitverwaltung ist die Gründung einer „Nationalen Kommission für die Partizipation der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Verwaltung öffentlicher und privater Unternehmen“ vorgesehen (Rebelión 22.7.2005). Mitte 2007 war das Gesetz noch nicht verabschiedet worden. Angesichts der fehlenden gesetzlichen Regelung und der unterschiedlichen Eigentumsmodelle kommt es in vielen Unternehmen zu Konflikten um die Art der *cogestión*. Das Fehlen eines gesetzlichen Rahmens hat aber nicht nur Nachteile, sondern ermöglicht – entsprechend der Kämpfe und des Bewusstseins der Arbeiter und Arbeiterinnen –

auch eine Vielfalt unterschiedlicher Modelle, die einer gesetzlichen Reglementierung zum Opfer fallen könnten.

Selbstverständlich verläuft der Prozess der Demokratisierung von Unternehmensstrukturen keinesfalls harmonisch und in zahlreichen Staatsbetrieben gibt es gar keine Mitverwaltung. Vor allem nicht im staatlichen Erdölunternehmen PdVSA, wo sie zwar von vielen Arbeiterinnen und Arbeitern gefordert wird, sie aber von der Unternehmensleitung, aufgrund der strategischen Bedeutung des Unternehmens, vermieden wird. Konflikte über die Art der einzuführenden *cogestión* und Probleme in ihrer Ausübung gibt es auch in den enteigneten, ehemals besetzten Unternehmen. Beispiele dafür sind die beiden zuerst enteigneten Unternehmen Invepal und Inveval. Beide befinden sich zu 51 Prozent im Staatsbesitz und zu 49 Prozent im Besitz einer aus allen Beschäftigten bestehenden Kooperative. Alcasa, das zweitgrößte Aluminiumwerk Venezuelas, stellt hingegen eine Art Versuchsobjekt und Paradebeispiel gelungener und weitreichender Umsetzung der *cogestión* in Staatsunternehmen dar.

Alcasa – Aluminium und Volksmacht

Das in Ciudad Guayana im Bundesstaat Bolívar gelegene staatliche Aluminiumwerk Alcasa des staatlichen Basisindustrien-Konglomerats CVG untersteht dem Ministerium für Basisindustrien und Minen (Mibam), unter Minister Víctor Álvarez, einem starken Vertreter einer weitgehenden *cogestión*, um – so seine Worte – „dem Staatskapitalismus einen Stoß zu versetzen“ (Álvarez 2005). Die *cogestión* bei Alcasa hat Modellcharakter.

Mitte Februar 2005 wurde der Ex-Guerillero und marxistische Soziologe Carlos Lanz von der Teilhaberversammlung Alcasas zum Direktor gewählt. Er führte unmittelbar eine weitgehende Mitbestimmung ein. Ziel ist neben der Demokratisierung des Werkes auch, es wieder produktiv und profitabel zu machen, nachdem es als Vorbereitung für eine Privatisierung seit 17 Jahren in die Ineffizienz und roten Zahlen manövriert wurde. Die *cogestión* in Alcasa ist klar als Arbeiterkontrolle des Unternehmens definiert. Die Arbeiterversammlung in Alcasa beschloss die Ablösung der Abteilungsleiter und eine Lohnerhöhung für die Arbeiterinnen und Arbeiter von 15 Prozent. Alle Abteilungsleiter wurden in den ersten 15 Tagen nach Antritt von Carlos Lanz ausgetauscht durch andere, die von den Abteilungsversammlungen aus ihrer Mitte gewählt wurden und bekommen den gleichen Lohn wie die Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Arbeiterversammlung wurde als höchste Autorität des Werkes fest gelegt, ihr folgen die Runden Tische der in den Abteilungen gewählten Sprecher und Sprecherinnen und dann kommen erst die Abteilungsleitungen. Alle Ämter wurden in Versammlungen gewählt und können von diesen wieder abgewählt werden. Die Initiative für die *cogestión* ging von den Arbeiterinnen und Arbeitern aus. Carlos Lanz wurde zum Direktor ernannt, um die *cogestión* umzusetzen.

Verschiedene Bildungsmissionen wurden von den Arbeitern auf das Fabrikgelände geholt und es finden zusätzlich politische und ideologische Schulungen statt. Alcasa wurde zu einem EPS und begann Kooperativen zur Weiterverarbeitung des produzierten Aluminiums zu gründen. Im November 2005 wurde eine neue Unternehmensleitung von der Teilhaberversammlung gewählt. Von den fünf Mitgliedern des Direktoriums (abgesehen von Carlos Lanz) stammen drei aus der CVG und zwei sind Beschäftigte von Alcasa. Unter den stellvertretenden Direktoriumsmitgliedern finden sich auch zwei Angehörige der organisierten lokalen Bevölkerung: ein Dozent der Bolivarianischen Universität und eine Wirtschaftswissenschaftlerin (Prensa Alcasa 24.11.2005). Im Juli 2006 stellte sich Carlos Lanz als Direktor in der Fabrik zur Wahl und bekam 1800 von knapp 1920 abgegebenen Stimmen. Perspektivisch soll auch die Unternehmensleitung umstrukturiert werden und aus sieben Mitgliedern und sieben Vertretern bestehen. Vier von ihnen sollen Arbeiterinnen und Arbeiter von Alcasa sein, weitere zwei die CVG bzw. die Regierung repräsentieren und ein weiterer die organisierte lokale Bevölkerung. Dahinter steckt der Gedanke die Produktionsstätten nicht als Staats- oder Arbeitereigentum zu begreifen, sondern als wirkliches „Volkseigentum“. Daher auch das Recht der Bevölkerung in der Unternehmensleitung vertreten zu sein. Im Februar 2007 begannen die Beratungen zur Einführung von Fabrikräten. Dieser Punkt war bereits im betrieblichen Tarifvertrag festgehalten worden. Die verschiedenen Gremien in dem Unternehmen sollen zunächst ihre jeweiligen Vorstellungen präsentieren. Davon ausgehend soll von den Arbeiterinnen und Arbeitern ein Modell entwickelt bzw. ausgewählt werden (Prensa Alcasa 22.2.2007).

Wer glaubte, das Projekt Alcasa sei zum Scheitern verurteilt, wurde eines besseren belehrt. Sogar die Produktion konnte unmittelbar um elf Prozent gesteigert werden (http://news.bbc.co.uk/hi/spanish/latin_america, 19.8.2005). Zudem wurde mittlerweile auch der sechs-Stunden-Arbeitstag eingeführt, während Zeit- und Subunternehmerverträge zunehmend in Festanstellungen verwandelt werden. Alcasa hat auch gemeinsam mit 36 Basisorganisationen aus der Region - Gewerkschaften anderer Fabriken und von Lehrern und Lehrerinnen, Kommunale Räte, Studierendenorganisationen, Parteien, Kooperativen und EPS - den *Bloque Socialista Revolucionario* (Revolutionärer Sozialistischer Block) gegründet. Dieser will eine gemeinsame programmatische Plattform erarbeiten und das von Carlos Lanz initiierte Projekt einer „integralen Entwicklung Guayanas“ voran treiben (Prensa Alcasa 2.7.2007).

Invepal – vom Vorzeigebispiel zum schwarzen Schaf

Am 19. Januar 2005 enteignete Präsident Chávez per Dekret den gesamten Besitz des Papierunternehmens Venepal (das in *Industria Venezolana Endógena del Papel*, Invepal, umbenannt wurde). Die einst größte Papierfabrik Lateinamerikas war von den Ex-Besitzern

gezielt in Konkurs geführt worden. In den 90er Jahren wurde ein zehn-Millionen-Dollar-Kredit nicht in die Fabrik investiert, sondern zweckentfremdet umgeleitet. Zwischendurch kam es immer wieder zu Abkommen zwischen den Beschäftigten und den mittlerweile Ex-Besitzern, die diese jedoch nie respektierten. So besetzten die Arbeiterinnen und Arbeiter das Werk immer wieder. Der Arbeitskampf führte zum Erfolg. Venepal war das erste Unternehmen das in Venezuela enteignet wurde. Die Fabrik wurde in eine gemischte Eigentumsform – 51% Staatseigentum und 49% Belegschaftseigentum über eine gemeinsame Kooperative (Covinpa) – überführt. Zugleich wurde ein Modell der *cogestión* eingeführt. Obwohl der Direktorenposten gemäß der Besitzverhältnisse dem Staat zustand, wurde er auf Initiative von Hugo Chávez der Belegschaft überlassen (aporrea 8.3.2006) . Die Arbeiter und Arbeiterinnen wählten ihren ehemaligen Gewerkschaftsvorsitzenden Edgar Peña zum Direktor des Werks, während die Entscheidungen über das Unternehmen in ihrer Versammlung getroffen werden sollten.

Ende Januar 2005 begannen die 300 Beschäftigten, die Fabrik wieder auf die Produktion vorzubereiten. Der Staat gab eine Anschubfinanzierung von 13,2 Milliarden Bolívar (umgerechnet etwa 6,4 Millionen Dollar), von der 49 Prozent als Kredit mit niedrigen Zinssätzen und Vorzugsbedingungen von der Kooperative übernommen wurden (aporrea 8.3.2006). Als Kooperative genießt Covinpa weitere Vorzüge wie etwa Steuervorteile und kann seine Betriebsbeteiligung bis auf 99 Prozent erhöhen.

Invepal wurde zu einer EPS, nahm die Produktion wieder auf, stockte die Beschäftigten auf insgesamt 600 auf und begann in kürzester Zeit wieder eine breite Palette an Papier- und Pappsorten und daraus verschiedene Schul-, Büro und Verpackungsmaterialien herzustellen. Die Preise erwiesen sich als konkurrenzfähig und der Staat mit seinen Institutionen garantierte eine gewisse Abnahme. Ab Anfang 2008, so die Planung, sollte das Werk auch betriebswirtschaftlich wieder in der Gewinnzone liegen (ABN 21.7.2005; Últimas Noticias 16.12.2006).

Allerdings kam es in Invepal zu diversen Konflikten und Problemen. Einige davon liegen darin begründet, dass kein gesetzlicher oder vertraglicher Rahmen die Teilhabe der Belegschaft an den zu treffenden Entscheidungen garantierte. Auch wenn gewisse Entscheidungen durch die Belegschaft getroffen wurden, legten die rechtlichen Rahmenbedingungen die Entscheidungsgewalt klar in die Hände des Direktoriums, bzw. des Fabrikdirektors und auf anderer Ebene in die Hände des Kooperativenpräsidenten. Diese schlossen faktisch die Kooperativenmitglieder aus den Entscheidungen aus und informierten diese auch nicht über die Entscheidungen und Maßnahmen im Werk (aporrea 8.3.2006). Allerdings ist zu erwähnen, dass auch die Arbeiterinnen und Arbeiter lange Zeit wenig Elan zeigten sich um die verwaltungstechnischen Aspekte des Unternehmens zu kümmern. Dem liegt sicher auch zu

Grunde, dass die Beschäftigten mit Gründung der Kooperative Covinpa zu Betreibern und Teilhabern wurden, während die Gewerkschaft aufgelöst wurde.

Edgar Peña wurde schließlich Anfang 2006 von der Arbeiterversammlung wieder abgesetzt, nachdem die *Contraloría Social* (Überprüfung der Bücher durch die organisierte Gesellschaft) der Beschäftigten herausfand, dass das Direktorium in der Schulheftfabrik 161 Arbeiterinnen und Arbeiter unter viel schlechteren Bedingungen als die Kooperativenmitglieder eingestellt hatte, ohne sie – wie es das Gesetz vorsieht – nach sechs Monaten in die Kooperative zu integrieren. Zudem kam heraus, dass 120 von ihnen im November 2005 entlassen wurden. Das Milco und andere staatliche Institutionen versuchten den Angehörigen der Kooperative die Entscheidung über die Abwahl Peñas zu verweigern, doch letztlich setzte sich die Kooperative an diesem Punkt durch. Eine zum gleichen Zeitpunkt vom Milco durchgeführte Überprüfung der Bücher ergab Verluste von 300 Millionen Bolívar (etwa 140.000 US Dollar) durch schlampige Buchführung. Zu Unterschlagung von Geldern kam es allerdings laut des offiziellen Untersuchungsberichtes nicht. Einige Beschäftigte vermuten aber Veruntreuungen seien vertuscht worden weil sowohl staatliche Angestellte wie auch Kooperativenvertreter dafür verantwortlich seien.

Im April 2006 wurde ein neues Direktorium bestimmt. Milco-Ministerin María Cristina Iglesias wurde als Direktorin der Fabrik eingesetzt. Dieser Schritt sollte eigentlich vorübergehend bis zum Abschluss der Untersuchung erfolgen. Doch hat das Provisorium Mitte 2007 immer noch Bestand. In der neuen Leitung stammen nur noch zwei der fünf Mitglieder aus der Belegschaft. Und auch insgesamt wurde die Beteiligung der Beschäftigten an den Entscheidungen des Unternehmens weiter eingeschränkt. Offiziell heißt es zunächst müsse der Betrieb wieder ordentlich funktionieren. Der „Verrat“ aus den eigenen Reihen, das verspätete Erkennen der Probleme und die Unfähigkeit eine eigene Lösung zu finden sowie die nun stark beschnittene Mitbestimmung haben die Stimmung in der Belegschaft zwar gedrückt, doch diskutiert die Kooperative Mitte 2007, welches Modell sie in Invepal durchsetzen will.

Inveval: kleine Fabrik – großes Bewußtsein

Als zweite Enteignung in Venezuela folgte am 27.4.2005 die mittlerweile in Inveval umbenannten Ventilfabrik *Constructora Nacional de Válvulas* (CNV) in Carrizal, Bundesstaat, Miranda. Inveval –genau wie Invepal 51% Staatseigentum und 49% Belegschaftseigentum in einer gemeinsamen Kooperative – produziert Ventile für die Erdölindustrie gehörte dem Ex-PDVSA-Direktor und Oppositionsführer Andrés Sosa Pietri. Das Werk schloss während des „Unternehmerstreiks“ im Dezember 2002/Januar 2003. Anschließend sollte es umstrukturiert und wieder eröffnet werden, allerdings verbunden mit einer starken Lohnsenkung und der

Streichung von Abfindungen für die Entlassenen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter akzeptierten die Vorgehensweise nicht und 63 von ihnen besetzten den Betrieb. Das Arbeitsministerium fällte eine Entscheidung zu Gunsten der entlassenen Arbeiter und ordnete die Wiedereinstellung und Auszahlung der einbehaltenen Löhne an. Der Besitzer leistete dem nicht Folge. Die Arbeiter gaben die Besetzung Ende 2004 auf, doch fassten sie neuen Mut nach der Enteignung von Venepal, da zudem Pietri damit begonnen hatte, Maschinen aus der Fabrik abzutransportieren, und besetzten Mitte Februar 2005 das Werk erneut bis es schließlich enteignet wurde.

Inveval sollte im August 2005 die Produktion wieder aufnehmen. Zur Unzufriedenheit der Beschäftigten geschah allerdings in den ersten Monaten nach der Enteignung nicht viel. Erst ab dem 1. Juli 2005 erhielten alle vom Staat einen dem Mindesteinkommen entsprechenden Lohn (aporrea 8.7.2005). Als allerdings Mitarbeiter des Ministeriums für Basisökonomie (Minep) ihren Entwurf des *cogestión*-Statuts vorlegten, wurde von den Ex-CNV-Beschäftigten rundweg abgelehnt. Von der von Chávez geforderten und in Aussicht gestellten Arbeiter- und Arbeiterinnen-Mehrheit in der Unternehmensleitung war keine Rede mehr, die Direktoren sollten durch den Staat ernannt werden. In harten Verhandlungen kam es dann doch zu einem einvernehmlichen *cogestión*-Abkommen, das am 4. August 2005 zwischen Staat und Beschäftigten unterschrieben wurde. Darin liegt die Leitung der Fabrik faktisch in den Händen der Arbeiterversammlung die drei der fünf Direktoriumsmitglieder, darunter auch den Fabrikdirektor, wählt. Außer den zwei Direktoriumsmitgliedern ist kein weiteres staatliches Personal in der Fabrik tätig. Alle wichtigen Entscheidungen, die die Fabrik betreffen, werden demnach in der wöchentlichen Fabrikversammlung gefällt.

Inveval nahm schließlich erst Mitte 2006 die Arbeit wieder auf, führt seitdem allerdings nur Wartung und Reparatur von Industrieventilen durch, da die Gießerei zur Herstellung der Ventile nicht Teil der Fabrik ist, sondern einen anderen Standort hat und sich weiterhin im Besitz von Pietri befindet. Aktuell werden die Inveval-Ventile in einer anderen privaten Gießerei im Auftrag von Inveval produziert. Allerdings fordern die Beschäftigten von Inveval die Gießerei von Pietri, die zur CNV gehörte, ebenfalls zu enteignen.

Die Versammlung beschloss gleich zu Anfang Lohnerhöhungen und den sieben-Stunden-Arbeitstag. Ab 16:00 Uhr kommen die verschiedenen Bildungsmissionen auf das Fabrikgelände und einige Arbeiter und Arbeiterinnen besuchen Abendkurse in Universitäten. Insgesamt 37 der 57 Beschäftigten nehmen an Bildungsmaßnahmen teil. Die mittlerweile stark politisierten Arbeiter und Arbeiterinnen lehnten es ursprünglich sogar ab über eine Kooperative Teileigentümer des Unternehmens zu werden, da sie es als Fehler ansehen die Beschäftigten in Eigentümer zu verwandeln. In der konkreten Arbeitsweise führte auch die Situation mit dem fünfköpfigen Direktorium zu Unzufriedenheit. Die Trennung der Arbeitsfelder und

Entscheidungen führte zu einer größeren Apathie in der Belegschaft und zugleich Isolierung der Direktoriumsmitglieder. So griffen die als Fabrik in Freteco organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter den Vorschlag Chávez' von Ende Januar 2007 auf, die Revolution durch die Bildung von Fabrikräten zu vertiefen und beschlossen mit sofortiger Wirkung die Wahl eines Fabrikrates aus 32 Mitgliedern, den sie am 28. Januar wählten. In dessen Kreis kommen nun die Punkte zur Diskussion, die zuvor in dem lediglich fünfköpfigen Direktorium evaluiert wurden.

Fábrica adentro – Privatunternehmer überzeugen

Privatunternehmen, die ökonomische Probleme aufweisen oder aus anderen Gründen ihr Produktionsvolumen nicht ausschöpfen, werden über das Programm *Fábrica adentro* (in der Fabrik) des Milco seit Ende 2005 Zugang zu Krediten mit Sonderkonditionen und spezielle staatliche Förderungen angeboten, wenn sie sich im Gegenzug mit ihren Beschäftigten auf eine Form Mitverwaltung einigen, die ihnen eine Beteiligung an der Verwaltung, der Leitung und den Gewinnen des Unternehmens einräumt. Zu den Bedingungen gehört, dass sie einen Teil der Gewinne (fünf bis fünfzehn Prozent) in einen Fond für die industrielle Transformation einzahlen und keine Entlassungen vornehmen bzw. neue Arbeitsplätze schaffen.

Der Ansatz ist durchaus erfolgreich. Bis Ende 2006 hatten sich 1.520 Unternehmen für das Programm gemeldet, davon haben bereits 1.011 ihr Vorhaben ausgearbeitet und eingereicht, von denen bis dato 847 Kredite erhalten und die Umsetzung der Vereinbarungen begonnen haben (VTV: 20.12.2006). Von diesen Unternehmen waren 69 zuvor geschlossen, alle weiteren haben ihre Kapazitäten erweitert und 268 entwickeln zusätzliche Projekte zur Importsubstitution. Hier wird jedoch auch ein bisheriges Dilemma der *cogestión* deutlich. Während viele Privatunternehmer, zum Teil aber auch das Leitungspersonal von Staatsbetrieben, die Mitverwaltung in der Logik einer „Sozialpartnerschaft“ sieht, die Konflikte vermeidet, Arbeitsplätze schafft und die Produktion steigert, verstehen die UNT, viele Beschäftigte sowie ein Teil des Staatsapparates die *cogestión* als eine Etappe des Transformationsprozesses, als Zwischenschritt zu einer zukünftigen Arbeiterkontrolle der Unternehmen im Rahmen eines sozialistischen Gesellschaftsmodells (Rebelión 26.4.2005).

Zudem ist die Qualität der Mitverwaltung in den Unternehmen durchaus unterschiedlich. So besteht sie in einigen Betrieben schlicht aus Modellen, die zwar die Beschäftigten über individuelle Anteile oder als Kooperative mittels einer Minderheitsbeteiligung (z.B. indem 25 Prozent des Betriebs an eine Kooperative der Beschäftigten übereignet werden) in die Unternehmerlogik einbinden, ohne dass jedoch eine Beteiligung an den Entscheidungsstrukturen erfolgt. Dadurch haben die Beschäftigten keine Möglichkeit über Arbeit oder Produktion zu entscheiden, teilen jedoch mit dem Haupteigner das Interesse einen höheren

Mehrwert zu produzieren. Das ebenfalls als Mitverwaltung zu bezeichnen mag zwar Statistiken aufblähen, zur sozialen Transformation in einem sozialistischen Sinne trägt es jedoch nicht bei.

Endogene Entwicklung und Berufsbildung

Im Rahmen des Umbaus wird in Venezuela das alternative Entwicklungskonzept der „endogenen Entwicklung“ verfolgt. Dieses fußt auf ersten Vorschlägen aus der CEPAL in den 1950ern und wurde in den vergangenen Jahrzehnten, vor allem von Oswaldo Sunkel, weiter entwickelt.

„Die endogene Entwicklung integriert die ausgeschlossene Bevölkerung und entwickelt neue Formen der produktiven und gesellschaftlichen Organisierung auf selbstverwaltete Weise, dessen Kern und Substanz die Männer und Frauen eines jeden Alters und Situation sind, welche dieses Land bewohnen. Sie stützt sich auf die Bildung und Erziehung, auf das in der Bevölkerung verbreitete Wissen und Tun, mit einer starken kulturellen Komponente, und fördert die Transformation den Naturressourcen mittels des Aufbaus von produktiven Ketten deren Glieder die Phasen der Produktion, des Vertriebs und des Konsums darstellen, mit einem großen Respekt für die Umwelt und einem erhöhten Sinn für seinen Schutz.“ (Valles 2004: 23f)

Der venezolanische Ansatz geht aber über die ursprüngliche Ziele der endogenen Entwicklung hinaus indem es nicht nur eine endogene Produktion, sondern auch den endogenen Vertrieb zum Ziel macht, so Carlos Luís Rivero, Ex-Vizeminister des Minep. Laut Rivero gehe Venezuela mit dem Versuch so neue Beziehungen und eine gleichmäßige Verteilung des Mehrwerts in der Gesellschaft zu fördern, den Weg des Aufbaus des Sozialismus in der Praxis und nicht per Dekret. Carlos Lanz Rodríguez, einer der Entwickler des staatlichen Berufsbildungsprogramms *Misión Vuelvan Caras* (wendet die Gesichter), führt die Artikel 70 und 118 der Verfassung (siehe Kasten) als maßgebliche politisch-normative Orientierung der endogene Entwicklung Venezuelas an (Lanz 2004). Eine zentrale Rolle im Aufbau der Vermarktungsstrukturen der neuen Produktion übernimmt der Staat, der in Venezuela nicht erst seit 1999 der größte Arbeitgeber und auch Kunde ist. Elías Jaua erklärte 2005 als Minister für Basisökonomie:

„Unser Ziel ist, dass der gesamte Kreislauf der Produktion und Kommerzialisierung in den Händen einer oder diverser Kooperativen liegt, damit oligopolistische Sektoren oder die großen und mittleren Unternehmer, die eine andere Rationalität besitzen, zu keinem Zeitpunkt die Dynamik dieses produktiven Prozesses unterbrechen können. Wir zählen hier zu aller erst mit dem Staat, der zweifelsohne in diesem Land der vorwiegende Markt bezüglich Lebensmittel, Fertigprodukte und Uniformen ist. Er stellt – in einer ersten Phase – die Garantie für die Realisierbarkeit all dieser produktiven Einheiten dar“ (Minci: März 2005).

Die endogene Entwicklung postuliert auch die rationale und nachhaltige Nutzung der Naturressourcen. Entsprechend bildet z.B. die *Misión Vuelvan Caras* in ökologischer Landwirtschaft aus.

Die *Misión Vuelvan Caras*, die im März 2004 begann, ist eng mit der endogenen Entwicklung verknüpft. Ziel der Misión ist es bis Ende 2007 1,2 Millionen Menschen aus den ärmsten Regionen und Stadtteilen des Landes technisch zu Schulen und die Gründung von Kooperativen zu fördern. Ausgebildet wird vom *Instituto Nacional de Cooperación Educativa* (Ince) in den Bereichen Bau, Tourismus, Landwirtschaft, Gastronomie, Dienstleistungen und Industrie. Zusätzlich begann Ende 2006 die *Misión Vuelvan Caras Jóvenes*, die sich gezielt an 15 bis 28jährige richtet. Hier sind die 72 verschiedenen Ausbildungsgänge im Schnitt etwa zwei Monate länger, da sie noch eine Berufsorientierungsphase beinhalten. Das Programm richtet sich vorwiegend an arbeitslose Erwachsene, die keine Ausbildung haben. In den verschiedenen Jahrgängen lag der Anteil der Frauen stets bei etwa 62 bis 65 Prozent. Die Studierenden der Misión erhalten während der meist sechsmonatigen Ausbildung (einige Kurse sind auch länger) ein kleines Stipendium, um die Ausbildung und Integration in die Arbeitswelt zu ermöglichen. Die Höhe richtet sich nach dem Status der Betroffenen, so erhalten beispielsweise alleinerziehende Mütter, die einen bedeutenden Anteil der Kursteilnehmerinnen stellen, den höchsten Satz mit monatlich 409.860 Bolívar, umgerechnet etwa 190 US Dollar.

Mit den Beteiligten, die es wünschen, werden Kooperativen gegründet, die Kredit und technischen Beistand erhalten. Auch die Beschäftigten, die ihre Betriebe übernehmen, durchlaufen häufig Ausbildungsprogramme der *Misión Vuelvan Caras*. Die Schulungen finden in der Regel in den *Núcleos de Desarrollo Endógeno* (Nudes, Endogene Entwicklungskerne) von denen es im gesamten Land 125 gibt (Minci 26.1.2007). Die Nudes stellen Orte dar, an denen Netzwerke von Kooperativen bestehen, die den lokalen Gemeinden die Möglichkeit bieten das in der Region vorhandene Potential zu nutzen und selbst die Planung und Entwicklung vorzunehmen.

Jenseits der Schaffung neuer Arbeitsplätze will die Mission eine Transformation des sozio-ökonomischen Modells in die Wege leiten. Die Kreditvergabe an die Kooperativen der *Misión Vuelvan Caras* wird demnach als die letzte Etappe eines soziopolitischen Prozesses angesehen. Die Mission berührt die Aspekte der Berufsausbildung, Organisierung sowie der sozio-politischen und produktiven Schulung (ABN: 13.9.2005). Die Kooperativen sollen produktive Ketten bilden, zur endogenen Entwicklung beitragen und damit das neue Wirtschaftsmodell fördern.

Das postulierte Ziel 1,2 Millionen Menschen im Programm auszubilden wurde allerdings nicht erfüllt. Im ersten Jahr 2004-2005 machten 264.720 *Lanceros* und *Lanceras*, wie die Teilnehmer

und Teilnehmerinnen der *Misión* genannt werden, ihren Abschluss (von 355.864, die sich ursprünglich eingeschrieben hatten und 298.000, die die Kurse besuchten). Für das Jahr 2006 existieren bisher keine Zahlen bezüglich der Abschlüsse, aber es meldeten sich 345.409 Personen an, von denen 284.040 die Kurse besuchten. Gegen Ende des Jahres 2006 ließen die Aktivitäten von *Vuelvan Caras* deutlich nach. Die angebotenen Kurse nahmen ab und es kam zu Verzögerungen, so dass einige Kurse aus 2006 noch weit in das Jahr 2007 hinein reichten. Auch innerhalb des Programms traten Probleme auf. Die Inhalte der politischen Schulungen wurden vom neuen Direktor als „zu marxistisch“ rückgängig gemacht, zugleich wurde versucht die Ausbilder in Kooperativen auszugliedern und als Subunternehmer anzustellen. Spätestens Anfang 2007 vermittelte *Vuelvan Caras* den Eindruck nur noch auf halber Kraft zu laufen. Im März 2007 wurde die *Misión Vuelvan Caras* schließlich in *Misión Che Guevara* umbenannt. Die Namensänderung ist mit einer Umorientierung der Mission verbunden. Sie soll zum Aufbau eines neuen Wirtschaftssystems beitragen und durch den Aufbau eigener Kreisläufe nicht mehr zur Stärkung des kapitalistischen Marktes beitragen. Was das allerdings konkret für das Programm bedeutet, ist Mitte 2007 noch unklar.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in Venezuela mit einer Vielzahl von verschiedenen Maßnahmen umgesetzt werden, um strukturelle Veränderungen in der Ökonomie sowie die Demokratisierung der Besitzverhältnisse und der Arbeits- und Produktionsverhältnisse voranzutreiben. Einige Ansätze zielen auch auf die Überwindung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse, auf die Aufhebung der Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit sowie die perspektivische Überwindung kapitalistischer Verhältnisse. Andere Initiativen zielen hingegen auf eine bloße Demokratisierung kapitalistischer Arbeitsverhältnisse.

In den Institutionen ist eine Zurückhaltung bezüglich struktureller Veränderungen festzustellen. So existiert bisher kein politisches Gesamtkonzept bezüglich der *Rückeroberten Unternehmen*. Zudem wird zwar von oben – wesentlich vom Präsidenten – eine bestimmte Politik vorgegeben, doch in den einzelnen Institutionen, Programmen und Bundesstaaten wird dennoch keine einheitliche Politik umgesetzt. Häufig gibt es (wie im Falle der EPS) nicht einmal einheitliche Kriterien. Viele Institutionen und ihre Angestellten scheinen zudem stärker darum besorgt zu sein, die quantitativen Statistiken zu füllen, als tatsächlich mit alternativen Wirtschafts- und Arbeitsorganisierungsmodellen zu experimentieren.

Zugleich gibt es aber allein schon aufgrund des Umfangs der Maßnahmen im Verhältnis zu der relativ kurzen Zeit ihrer Anwendung auch viele gelungene Initiativen. Dabei ist in den

vergangenen Jahren ein deutliches Anwachsen der Eigeninitiativen von unten zu beobachten gewesen. Auch ist der Transformationsprozess in Venezuela noch sehr offen und flexibel. So erkannte auch Chávez am 28. Januar 2007 öffentlich an – so wie es auch von organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen in den Monaten zuvor diskutiert worden war – es sei ein Fehler gewesen die Beschäftigten durch das Verteilen von Anteilen über eine Kooperative zu Teileigentümern der Fabriken gemacht zu haben. Angesichts der Erfahrungen mit den gemischten Eigentumsmodellen ist der Staat dazu übergegangen *Empresas de Producción Socialista* (Unternehmen Sozialistischer Produktion) zu gründen, in denen das Eigentum nicht an die Beschäftigten verteilt wird und nicht mehr das Teilhabermodell mit gemischten Eigentumsverhältnissen verfolgt wird.

Kasten:

Art. 70: Es sind Mittel der Partizipation und des Protagonismus des Volkes in Ausübung seiner Souveränität (...) im Sozialen und im Ökonomischen: Die Instanzen der Bürgerbetreuung, die Selbstverwaltung, die Mitverwaltung, die Kooperativen jeder Art, diejenigen finanziellen Charakters mit eingeschlossen, die Sparkassen, das Gemeinschaftsunternehmen und die weiteren Formen des Zusammenschlusses, die durch Werte der gegenseitigen Kooperation und der Solidarität geleitet werden. (...)

Artikel 115: Das Recht auf Eigentum wird garantiert. Jede Person hat das Recht auf Nutzung, Vergnügen, Genuss und Verfügung ihrer Güter. Das Eigentum ist den Abgaben, Einschränkungen und Verpflichtungen unterworfen, die das Gesetz mit dem Ziel des öffentlichen Nutzens und im allgemeinem Interesse festlegt. Nur aufgrund öffentlichen Nutzens oder gesellschaftlichem Interesse, mittels eines rechtskräftigen Urteils und angemessener Bezahlung einer gerechten Entschädigung, kann die Enteignung einer jeden Art von Gütern erklärt werden.

Art. 118: Es wird das Recht der Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie der Gemeinde anerkannt, Vereinigungen sozialen und partizipativen Charakters zu entwickeln, wie Kooperativen, Sparkassen, Kassen der gegenseitigen Unterstützung und andere assoziative Formen. Diese Vereinigungen werden, im Einklang mit dem Gesetz, jede Art wirtschaftlicher Tätigkeit entwickeln können. Das Gesetz wird die Besonderheiten dieser Organisationen, vor allem, diejenigen bezüglich des kooperativen Vorgehens, der Arbeit im Zusammenschluss und seines Charakters als Erzeuger kollektiver Vorzüge. Der Staat wird diese Vereinigungen, die darauf abzielen die Basis- und Alternativökonomie zu verbessern, fördern und schützen.

Art. 308: Der Staat schützt und fördert die kleine und mittlere Industrie, die Kooperativen, die Sparkassen wie auch die Familienbetriebe und die Kleinstunternehmen sowie alle anderen Arten von gemeinschaftlichen Vereinigungen zum Zweck der Arbeit, des Sparens und des Konsums mit kollektiven Eigentumsformen in der Absicht, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu stärken indem diese auf der Initiative aus der Bevölkerung gründet. Der Staat stellt hierfür die Weiterbildung, die technische Unterstützung und zweckmäßige Finanzierung sicher.

Nachrichtenportale

Agencia Bolivariana de Noticias (ABN), <http://www.abn.info.ve/>

aporrea, <http://www.aporrea.org/>

El Universal, <http://www.eluniversal.com/>

Frente Revolucionario de Trabajadores de Empresas en Cogestión y Ocupadas (Freteco),
<http://www.controlobrero.org>

Ministerio del Poder Popular para la Comunicación y la Información (Minci),
<http://www.minci.gov.ve/>

Prensa Alcasa, <http://www.Alcasa.com.ve/>

Rebelión, <http://www.rebelion.org/>

Últimas Noticias, <http://www.ultimasnoticias.com.ve/>

Venezolana de Televisión (VTV), <http://www.vtv.gob.ve/>

Venezuelanalysis, www.venezuelanalysis.com

Bibliografie

Aguirre M., Edwin (2006): Las Cooperativas de Asistencia Integral - CAI- o cómo perjudicar la Misión Vuelvan Caras I. (Internet-Version: <http://www.aporrea.org>, 11.1.2006)

Álvarez, Víctor (2005): En CVG Alcasa le vamos a meter un golazo al Capitalismo de Estado, in: Correo del Caroní, 7.5.2005

Azzellini, Dario (2006): Venezuela bolivariana. Revolution des 21. Jahrhunderts?. Köln.

Azzellini, Dario/Ressler, Oliver (2006): 5 Fabriken – Arbeiterkontrolle in Venezuela. Film, 81 min.

El Troudi, Haiman/ Monedero, Juan Carlos (2006): Empresas de Producción Social – Instrumento para el socialismo del siglo XXI. Caracas

Ellner, Steve/ Hellinger, Daniel (2003): La política venezolana en la época de Chávez: clases, polarización y conflicto. Caracas

Lanz Rodríguez, Carlos (2004): El Desarrollo Endógeno y la Misión Vuelvan Caras. Caracas

Márquez, Patricia (2003): ¿Por qué la gente votó por Hugo Chávez? In: Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (2003): La política venezolana en la época de Chávez. Caracas. S.253-272.

Valles Caraballo, Christian (2004): Para crecer desde dentro. Caracas